



## **Alternativantrag**

der Fraktion der FDP

zu „Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029“ (Drucksache 20/2964)

### **Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche**

Der Landtag wolle beschließen:

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im März 2014 weiter dramatisch verschlechtert. Diese grundlegende Destabilisierung der europäischen Friedensordnung gipfelte im Februar 2022 in der bis heute andauernden Vollinvasion der Ukraine. Trotz massiver internationaler Sanktionen und militärischer Unterstützung für die Ukraine hält die Russische Föderation an ihrem expansiven und kriegerischen Kurs fest und bricht fortwährend die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechts.

Gleichzeitig findet gegenwärtig eine Zerreißprobe der transatlantischen Beziehungen statt. Die USA haben ihre sicherheitspolitische Priorität auf den Indo-Pazifik verlagert und bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2025 ihre Schutzgarantie für Europa offen in Frage gestellt. Damit wird die seit 1949 bestehende transatlantische Sicherheitsarchitektur in ihrer bisherigen Form erschüttert.

Die Europäische Union steht vor der existenziellen Herausforderung, sich als militärische und wirtschaftliche Macht neu und eigenständig zu positionieren. Das Ziel ist eine Sicherheitsordnung, die auf der Stärke des Rechts und nicht auf dem Recht des Stärkeren basiert.

Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich insbesondere einzusetzen für:

- eine verstärkte Weiterentwicklung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) als eigenständige EU-Verteidigungsinitiative im Rahmen der Verträge über die Europäische Union,
- eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und damit der gemeinsamen politischen Handlungsfähigkeit der EU-Partner im Bündnis,
- den bedarfsgerechten Auf- und Ausbau unabhängiger militärischer Fähigkeiten der Europäischen Union in den Dimensionen Land, Luft/Weltraum, See und Cyber unter Berücksichtigung bisher gewonnener Erkenntnisse aus der militärischen Kooperation von NATO Response Force (NRF), EU Battlegroup (EU BG) und dem Framework Nations Concept (FNC),
- eine wirkungsvolle konventionelle und nukleare Abschreckungspolitik der angestrebten Europäischen Verteidigungsunion für das Territorium der Europäischen Union,
- eine priorisierte bedarfsgerechte personelle und materielle Ausstattung der Bundeswehr,
- eine Erleichterung militärischer Bauvorhaben sowie eine priorisierte Umsetzung von Instandhaltungsaufgaben in den von der Bundeswehr genutzten Liegenschaften durch die Landesbauverwaltung,
- eine mögliche Reaktivierung ehemaliger Bundeswehrliegenschaften, z.B. der ehemaligen Rantzau-Kaserne in Boostedt, im Rahmen eines zu aktualisierenden Stationierungskonzepts der Bundeswehr,
- eine verstärkte Berücksichtigung militärischer Bedarfe bei der Planung, Realisierung und Instandhaltung des Straßen- und Autobahnnetzes (z.B. A 20) sowie von Flugplätzen, Häfen, Bahnstrecken und Brücken,
- eine weiter intensivierte Übungstätigkeit von Multi-Domain Operations mit Kräftedispositiven der EU-Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Präsenz zur Abschreckung in der Ostsee und den baltischen Staaten,
- eine bedarfsgerechte Ausstattung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben des Landes Schleswig-Holstein sowie eine weiter verstärkte Kooperation mit der Bundeswehr und Bundesbehörden für eine schlagkräftige Bewältigung hybrider Bedrohungen,
- eine signifikante und dauerhafte Erhöhung der Verteidigungsausgaben jedes einzelnen Mitgliedstaates der Europäischen Union,
- eine Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen im Rat der Europäischen Union,
- eine Vertiefung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation im sogenannten Weimarer Dreieck zwischen Frankreich, Polen und Deutschland,
- eine Wiederbelebung und Annäherung der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den Mitgliedern der vormaligen EU-3 Staatengruppe Großbritannien, Frankreich und Deutschland unter Erweiterung um Kanada mit dem Ziel einer EU-Mitgliedschaft beider Staaten,

- eine konsequente Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen innerhalb des Binnenmarktes der Europäischen Union, um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die Unabhängigkeit von Importen aus Drittstaaten zu stärken,
- eine aktivere Rolle der Europäischen Union bei der Gestaltung des weltweiten Wirtschaftssystems unter Zielsetzung einer wirtschaftsfreundlichen und angebotsorientierten Wirtschaftspolitik,
- einen Abbau von Subventionsprogrammen und den Aufbau attraktiver Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft,
- eine konsequente Reduzierung von Bürokratie und eine verringerte Regelungsdichte und -tiefe,
- eine Evaluation des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens EU-Kanada (CETA) und des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich (TCA) zur Identifikation und Beseitigung von Hemmnissen der Zusammenarbeit,
- eine stärkere Förderung einer unabhängigen europäischen Verteidigungsindustrie, unter Fokussierung der Wehrindustrie in Schleswig-Holstein, insbesondere durch eine Einstufung in der EU-Taxonomie als „sozial nachhaltig“ und
- eine stärkere Förderung von Forschungsprojekten mit zivil-militärischen Zwecken an Universitäten und Hochschulen.

Dr. Heiner Garg  
und Fraktion